

DIE BÖRSE SETZT AUF KLIMAWANDEL

WANN PLATZT DIE NÄCHSTE BLASE?

DIE RENTENSICHERUNG IN DER CO₂-ZWICKMÜHLE ...



Ein LPG-Tanker dient dem Transport von Flüssiggas

Quelle: wikipedia User:Wimhart

Anfang April war es wieder soweit: Der Weltklimarat hat öffentlichkeitswirksam den Weltklimabericht 2014 vorgestellt, in dem diesmal 235 Autoren rund 10.000 Literaturquellen zusammenfassten. Im zweiten Teil des Sachstandsberichts IPCC warnen die Experten vor den ungeheuren Folgen des Klimawandels durch weiter steigenden CO₂ Ausstoß der Industrie- und Schwellenländer. Dennoch investieren Fondsmanager immer mehr Geld in Firmen, deren Wert sich überwiegend aus fossilen Energieträgern errechnet. Was hat dies für Folgen für unser Klima und indirekt auch für unsere Renten?

Weltklimabericht 2014

Im Prinzip ist alles bekannt und schon 100-fach gesagt: Treibhausgasemissionen werden das Risiko für Konflikte, Hungersnöte und Überflutungen in den kommenden Jahrzehnten drastisch vergrößern. Und auch die Kernaussage des im japanischen Yokohama verabschiedeten Sachstandsberichts des Weltklimarats (IPCC) ist nicht neu: „Steigende Temperaturen erhöhten die Wahrscheinlichkeit schwerer, tiefgreifender und irreparabler Folgen mit Schäden und Folgekosten in Billionenhöhe“. Ein Temperaturanstieg von zwei Grad über die vorindustriellen Werte werde bis zu zwei Prozent der

Weltwirtschaftsleistung vernichten, heißt es in dem Bericht. Ein Anstieg um mehr als vier Grad könnte desaströse Folgen haben.

Wasser- und Nahrungsmittelknappheit wird verstärkt

Nach Überzeugung der Experten wird sich im 21. Jahrhundert vor allem für Europa und Asien das Überflutungsrisiko beachtlich erhöhen. Aber auch Dürren würden gerade in trockenen, bevölkerungsreichen Regionen die Wasserknappheit verstärken. Das wiederum führt bei gleichzeitig steigender Bevölkerungszahl zu geringeren Erträgen beim Weizen-, Mais- und Reisanbau. Die extremen Wetterphänomene wie Überschwemmungen an Küsten, Dürren und Hitzewellen werden dem Bericht zufolge eine Verstärkung der Migration von Menschen auslösen. Dies könne sehr wahrscheinlich zusammen mit einer Wasser- und Nahrungsmittelknappheit „indirekt das Risiko für Gewaltkonflikte“ erhöhen.

Noch 700 Tonnen CO₂ zu verteilen...

Der letzte IPCC-Sachstandsbericht war 2007 in Paris veröffentlicht worden und hatte weltweit das Bewusstsein für die Gefahr durch den Klimawandel geschärft.

Die Bemühungen um ein globales Klimaabkommen sind dennoch kaum vorangekommen – der Ausstoß von Treibhausgasen steigt weiter. Der Klimaforscher Malte Meinshausen vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung hat in einer Studie errechnet, dass 2015 der globale Höhepunkt des CO₂-Ausstoßes erreicht sein muss, wenn die Menschheit den Klimawandel auf einen Anstieg um 2 Grad begrenzen will. In einem Interview mit n-TV erläuterte Meinshausen, dass die Menschheit in den ersten fünfzig Jahren dieses Jahrhunderts noch maximal 1.000 Gigatonnen CO₂ ausstoßen dürfte, wenn das Risiko einer Erwärmung um 2 Grad auf 25 Prozent begrenzt werden soll. Da wir über ein Drittel bereits emittiert haben, bleiben nur knapp 700 Gigatonnen CO₂, die die Menschheit noch ausstoßen darf. Läuft alles wie bisher, ist dieses Budget vor 2030 aufgebraucht ¹⁾. De facto erhöhen wir sogar den Treibhausgasausstoß noch von Jahr zu Jahr. Laut Meinshausen müsse deshalb möglichst sofort eine Kehrtwende in Richtung einer Zero-Carbon-Economy einsetzen. Der Experte: „Wenn wir erst 2020 anfangen, die Emissionen zu senken, bräuchten wir globale Reduktionen von schon mehr als 6 Prozent pro Jahr. Das wären gewaltige Einsparungen, die man sich eigentlich nicht plausibel vorstellen kann.“

Profiteur Deutschland als Exporteur grüner Technologien

Neben den Kosten bringt die Reduzierung von Treibhausgasen aber auch gerade für Deutschland einen wirtschaftlichen Nutzen, da wir u.a. weniger stark auf den Import von fossilen Brennstoffen angewiesen wären. Deutschland könnte sogar theoretisch doppelt profitieren, als Exportweltmeister sparsamer Autos und grüner Technologie sowie dem Wissen von „Energieeffizienz made in Germany“, wenn früh genug die Signale erkannt würden. Ganz zu schweigen von den Kosten, die wir vermeiden könnten, wenn wir den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf unter 2 Grad begrenzen.

EU Klimaschutzpaket 2030: Problem CO₂ Zertifikatehandel

Was plant die Europäische Kommission, um dieses Ziel zu erreichen? Es ist eine verrückte Situation: Energiekommissar Günther Oettinger und seine Klimaschutz-Kollegin Connie Heidegard haben kürzlich das Energie- und Klimaschutzpaket 2030 der EU präsentiert. Es soll zeigen, wie sich die EU, die eine führende Rolle im weltweiten Klimaschutz einnehmen will, die künftige Energiepolitik vorstellt.

Die Kernaussage ist, dass die Reduzierung der Emissionen bis 2030 um 40 Prozent die kosteneffizienteste Zielvorgabe für die EU sei und unserer weltweiten Verantwortung Rechnung trage.

Das Problem ist nur: Das wichtigste Instrument der EU, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen, ist der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten – und der liegt seit Monaten brach, weil viel zu viele Zertifikate auf dem Markt sind. Der Preis für eine Tonne CO₂ beträgt aktuell gerade einmal fünf Euro – kein Anreiz für Unternehmen, in mehr Energieeffizienz oder erneuerbare Energien zu investieren.

Wie die ehrgeizigen Ziele erreicht werden sollen, bleibt ein Geheimnis. Und es gibt weitere Rätsel: Schaut man sich die CO₂-Ziele genauer an, dann wird klar, wie anstrengend es für spätere Generationen wird, noch Klimaschutz zu betreiben. 40 Jahre Zeit nehmen sich Europas Staaten, um den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken (1990 im Vergleich zu 2030). Zugleich aber hält die EU-Kommission ausdrücklich an den langfristigen Zielen fest, bis zum Jahr 2050 die Emissionen um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 zu mindern. Für diesen gewaltigen Sprung (von 40 auf 80 Prozent) bleiben also gerade einmal zusätzlich 20 Jahre. Die härteste Klimaschutzarbeit drückt Europa neben der Rentensicherung somit auch wieder seinen zukünftigen Generationen auf.

Die CO₂ Blase – und wie diese unsere Rente beeinflussen kann

Entdeckt hat die CO₂ Blase kein Umweltschützer im klassischen Sinn. Es ist ein typischer Analyst, ein akribischer Zahlenmensch, der sein Handwerk bei den Wirtschaftsprüfern von Pricewaterhouse Coopers gelernt hat. Die Rede ist von James Leaton, der vor einer gewaltigen Rohstoff-Blase warnt, die für Milliardenverluste sorgen könnte.

Ähnlich wie Meinshausen betont auch er, dass bis 2050 nur noch ca. 900 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre aufsteigen dürften, wenn das Ziel einer Erderwärmung um maximal zwei Grad noch erreicht werden sollte. Brisant in finanzieller Hinsicht ist allerdings eine zweite

Zahl: sie drückt zudem noch aus, wie viel CO₂ in den nachgewiesenen Kohle-, Öl- und Gasreserven dieser Welt schlummert. Wieviel CO₂ also freigesetzt würde, wenn Unternehmen und Staaten ihre fossilen Rohstoffe wie geplant verbrennen. Das Problem: Zahl Nummer zwei ist mit knapp 3.000 Gigatonnen mehr als dreimal so hoch wie das, was unser Klima maximal noch verträgt²⁾.

Was bedeutet das? Leaton: „Entweder die Erde heizt sich um deutlich mehr als zwei Grad auf, was einer Katastrophe gleichkäme. Oder große Teile der fossilen Reserven, die sich Unternehmen und Staaten gesichert haben, müssen unter der Erde bleiben.“ Sie seien also nicht verbrennbar – kurz gesagt wertlos.

Die HSBC, Großbritanniens größte Bank, hat ausgerechnet, dass Unternehmen wie Shell, BP, Eni, Total oder Statoil über 50 % Prozent ihres Marktwertes verlieren könnten, wenn sie die gesicherten Rohstoffe unter der Erde lassen. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage. Was passiert, wenn das irgendwann auch den Investoren klar wird? Unter normalen Umständen sollten sie ihr Kapital spätestens dann so schnell wie möglich abziehen. Die Blase könnte demzufolge mit einem großen Knall platzen.

Eigentlich müssten allerdings die Alarmglocken der Konzerne und Investoren längst läuten. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. 2012 haben die 200 größten Energieunternehmen zusammen knapp 700 Milliarden Dollar für das Aufspüren und Explorieren neuer Quellen ausgegeben. Die Blase wird also nicht kleiner, sie pumpt sich weiter auf.

Sind die Konzerne und Investoren schlicht zu naiv, um die Gefahr zu erkennen? Oder hoffen sie auf die Untätigkeit der Politiker, also darauf, dass diese ihren CO₂-Zielen – wie bei den letzten Klimagipfeln – kaum Taten folgen lassen?

Das kann sich auch als Problem für unsere Renten erweisen. Denn es ist die Art der Aktien, mit denen auch in vielen Rentenfonds gehandelt wird. Man kann das am FTSE 100 ablesen, dem wichtigsten britischen Aktienindex. Kurz nach dem Jahrtausendwechsel hatten Öl-, Gas- und Kohleunternehmen einen Anteil von nur rund zehn Prozent. Inzwischen hat sich rund 10 Jahre später der Anteil mehr als verdreifacht. Gelistet sind neben BHP Billiton, Anglo American und Xstrata auch Shell, BP, Rio Tinto, Centrica, Tullow Oil, BG und Petrofac. Konzerne, die überall auf der Welt nach fossilen Energieträgern suchen. Der Anteil dieser Unternehmen am Index ist auch deshalb so bedeutsam, weil die meisten Fondsmanager im Grunde ängstliche Menschen sind und sich wie Lemminge verhalten. Ihre größte Angst

ist es, schlechter abzuschneiden als der Markt. Also orientieren sie sich bei der Auswahl der Unternehmen, in die sie investieren, häufig fernab jeglichen gesunden Menschenverstands ausschließlich am FTSE 100. Dadurch landet inzwischen jeder dritte Euro, den man ihnen anvertraut, in Aktien von Öl-, Gas- und Kohleunternehmen. Viele Fondsmanager zerbrechen sich nicht den Kopf darüber, ob die Rohstoffe, in die sie das Geld ihrer Kunden indirekt investieren, auch verbrannt werden können. Und wer will das schon der Erste sein, der aussteigt?

Es kostet nicht die Welt, die Welt zu retten ...

... sagte Ottmar Edenhofer, Co-Vorsitzender des aktuellen IPCC-Berichts. Das neue wirtschaftliche und durch die Studie belegte Argument, dass nachhaltige Vorbeugung sich tatsächlich günstiger für das Wirtschaftswachstum auswirkt als weiter CO₂ maßlos in die Luft zu blasen, sorgte auch bei vielen Umweltschutz-Organisationen für Enthusiasmus. Denn es könne all jene Politiker überzeugen, die durch mehr Klimaschutz eine Schwächung der Wirtschaft ihres Landes befürchteten. Fossile Energie ist günstig, klimafreundlicher Strom nahezu unbezahlbar – diese Argumentationslinie ist so nicht mehr haltbar. Der Weltklimarat rechnet vor, dass die Energiewende sehr günstig umzusetzen wäre – und warnt davor, sie zu verschlafen.

Dennoch erleben die USA dank Fracking einen neuen boom als Energieexporteur und das gerade zu Zeiten, als die Ukraine-Krise die Versorgung der europäischen NATO Staaten mit russischem Erdgas unsicher macht – ein S(c)hellm, der Böses dabei denkt ...

Gewinne bleiben privatisiert und Folgekosten werden wie gewohnt – vielleicht unter dem Deckmantel von Stiftungen – sozialisiert. Auch an der Börse wird es wahrscheinlich erstmal so weitergehen – denn wie sagte kürzlich ein befreundeter Investmentbanker in London: the trend is your friend ...

Fußnoten

- 1) Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, www.pik-potsdam.de
- 2) Initiative Carbon tracker, www.carbontracker.org/

ZUM AUTOR:

► Gunnar Böttger

boettger@dgs.de